

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/51. Jahrgang

Mai 2020

Schutzgebühr: 0,40 €

## Stadtparlament tritt ab

In vieler Hinsicht ungewöhnlich war die letzte Sitzung des Gießener Stadtparlaments am 2. April. Herausragendes Ergebnis: Das Parlament hat sich selbst entmachtet und die Befugnisse weitgehend an den Hauptausschuss übertragen, wo nur "unaufschiebbare" Anträge behandelt werden. Es ist schon merkwürdig, dass dieser folgenschwere Beschluss von niemandem in Frage gestellt und einstimmig verabschiedet wurde.

Er stützt sich auf eine Verordnung der Landesregierung vom 14. März zur Reduzierung der Kontakte. Richtig. In § 1 (2) sind aber auch die von dieser Bestimmung ausgenommenen Zusammenkünfte festgelegt, darunter u. a. „... Sitzungen und Gerichtsverhandlungen“. Wozu also der Übereifer, wo doch außerdem der nächste Termin des Stadtparlaments erst für den 14. Mai geplant ist und die Verordnung nur bis zum 3. Mai in Kraft ist? Die hektische Diskussion im Vorfeld grenzte schon an Alarmismus; die



FDP blieb dieser Sitzung, die sie als „unverantwortlich“ bezeichnete, ganz fern. Dabei hatte das Virus bei dieser Sitzordnung im großen Saal der Kongresshalle (s. Foto) so gut wie keine Chance, zumal das Mikro bei jedem Redebeitrag neu verhüllt wurde.

### Kita-Gebühren nur gestundet

Neben dieser Selbstaufgabe ging es um die Kita-Gebühren für die Zeiten der Schließung. Die Freien Wähler wollten sie erstatten, weil für eine nichterbrachte Leistung auch nicht bezahlt werden müsse. Aber die Koalition aus SPD/CDU/Grüne setzte mit Verweis auf die Notbetreuung nur eine Stundung durch – abgerechnet werden solle später im Einzelfall. Stadträtin Weigel-Greulich mahnte gar, sie wolle sich nicht vollständig vom Gerechtigkeitsgedanken verabschie-

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Aufruf der DKP Heraus zum 1. Mai: Trotz Corona Wir sind sichtbar!

**Wir sagen:** Abrüsten statt aufrüsten. Wir brauchen das Geld für Soziales, Bildung und Kultur!

**Wir sagen:** Sicherung der Arbeitsplätze, Sonderabgabe auf hohe Einkommen und Vermögen, Gewinnabschöpfung bis hin zur Vergesellschaftung der großen Konzerne!

**Wir sagen:** Hände weg von unseren demokratischen Rechten, Hände weg vom Grundgesetz!

**Wir sagen:** Überführung des Gesundheitsbereiches in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle!

**Wir sagen:** Weg mit den Sanktionen und Hoch die internationale Solidarität!

**Wir sagen:** Wer von der Krise spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen. Wer grundsätzlich etwas ändern will, muss den Kapitalismus in Frage stellen. Alles hier: <https://www.unsere-zeit.de.unsere-zeit.de/heraus-zum-1-mai-trotz-corona-wir-sind-sichtbar>

### Inhalt:

Notverordnungs-Arbeitsrecht/Otto	S.2
Wieseckau/Stadtbusse/Verkehr	S.3
Kampf bei BOSCH/Azubi-Bericht	S.4
Uniklinikum/(kein) Herz für Kinder?	S.5
Krieg verhindern/Kriegsvorbereitung	S.6
Corona-Notstand/BVerfG bremst Gießen	S.7
... die Schulden/Pressefreiheit/Termine	S.8



**Für Frieden und Sozialismus!**



# Arbeitsrechte per "Notverordnung" aufgehoben

Mit der „Verordnung zum Arbeitszeitgesetz infolge der Covid-19-Epidemie“ hat die Bundesregierung kurz vor den Feiertagen den Unternehmerverbänden ein besonders großes Oster-Ei ins Nest gelegt.

Der von der Kapitalseite schon lange gehegte Wunsch, das Arbeitszeitgesetz massiv auszuweiten, wurde endlich erfüllt.

Seit dem 10. April gilt für Beschäftigte in „systemrelevanten Berufen“: Arbeiten bis zu zwölf Stunden am Tag und 60 Stunden in der Woche. Außerdem wurden für die dort arbeitenden Menschen die Ruhephasen auf nur noch neun Stunden reduziert.

Betroffen von dieser Notverordnung, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit erlassen wurde, sind Kolleginnen

und Kollegen verschiedenster Branchen.

Eine Zustimmung durch den Bundestag oder den Bundesrat war nicht nötig, da bereits am 27. März das Arbeitszeitgesetz entsprechend novelliert und so die parlamentarische

Kontrolle ausgehebelt wurde. Das Arbeitsministerium ist nun zeitlich befristet ermächtigt, „in einem außergewöhnlichen Notfall, der bundesweite

gen massiv angegriffen und deren Schutzrechte eingeschränkt. In den frühen 1930er Jahren dienten sogenannte ökonomische Zwänge in Folge der Weltwirtschaftskrise als Vorwand dafür, den arbeitenden Menschen das Fell über die Ohren zu ziehen.

Heute wird dies mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie begründet. Daher erschließt sich die Verlängerung der Arbeitszeit auf 12 Stunden für LKW-Fahrer, Lagerarbeiter oder Kassierer im Supermarkt als wirksame Virusbekämpfung nur denen, die Hausherr in einem Bundesministerium oder einer übergeordneten Konzernzentrale sind.

Was der Gesundheit der Beschäftigten wirklich förderlich wäre, ist mehr Personal. Die Bedingungen hierfür sind heute die gleichen wie vor der Epidemie: Keine

Notverordnungen, sondern bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung. Ulf Immelt



Auswirkungen hat, bundeseinheitliche Ausnahmen vom Arbeitszeitgesetz zu erlassen“.

Brüning und dessen Notverordnungen am Ende der Weimarer Republik lassen grüßen. Damals wie heute wurden die Interessen der Lohnabhängigen

## Kein Otto-Versand in Gießen

300 Mill. Euro wollte der Otto-Konzern in ein Logistikzentrum investieren, aber die Profitaussichten waren dann doch zu düster. Bei einem Jahresumsatz 2018/19 von 13,4 Mrd. Euro blieb nur ein „magerer“ Überschuss von 177 Millionen.

Viele geringfügig Beschäftigte können nun nicht ausgebeutet werden. Es wird keine täglichen LKW-Lawinen geben, damit die Kunden ihre Ware innerhalb von 24 Stunden erhalten. Es ist Zeit für eine umweltbewusste Nutzung des Geländes. Dabei entstehende Arbeitsplätze müssen tarifgebunden und sozialversicherungspflichtig sein, statt wie Otto vor allem auf studentische Aushilfskräfte zu setzen. Rainer Grabowski



## (Fortsetzung von Seite 1) Parlament tritt ab

den. Wo kämen wir denn hin, wenn Krankenschwestern ebenso von der Zahlung befreit würden, wie doppelt verdienende Ärzte, meinte die Grüne. Von der alten auch einst von SPD und Grünen erhobenen Forderung, dass Kitas im Sinne der Vorschulerziehung generell - wie Schulen und Unis - kostenfrei sein sollten, hat man sich wohl verabschiedet.

## Aber 100 Mio. für Unternehmer

So kleinlich wurde allerdings nicht diskutiert, als es um finanzielle Unterstützung für Gießener Unternehmer ging.

Einstimmig wurde ein 50-Millionen-Euro-Hilfspaket verabschiedet sowie die Stundung der Gewerbesteuervorauszahlungen bis zum Jahresende. Das sind nochmals etwa 50 Millionen, auf die die Stadt verzichtet. Das macht zusammen 100 Millionen Unternehmenshilfe bei einem städti-

schen Haushalt mit jeweils rund 250.000.000 Euro Ein- und Ausgaben.

Um das stemmen zu können, muss man bei den Kita-Gebühren schon genau sein.

Und dann war da noch der Antrag des Stadtverordneten Janitzki (Gießener Linke), die Stadt möge die Baupläne für das Otto-Gelände offen legen. Eigentlich ein stinknormaler Vorgang. Aber die Mega-Koalition lehnte den Antrag einfach ab – ohne Diskussion und ohne Begründung. Erika Beltz

# Wieseckau von Remmi-Demmi befreit O, du schöne Corona-Zeit

Für die meisten, die in zu kleinen Mietwohnungen, womöglich auf engstem Raum zusammen mit Kindern wohnen müssen, ist die Corona-Zeit eine große Geduldsprobe. Da freut sich jeder, wenn man wenigstens bei sonnigem Wetter raus in die Natur kommt. Viele tummeln sich in diesen Tagen in der Wieseckau, natürlich mit dem nötigen Sicherheitsabstand. Keine Strandbar stört mit permanenter Dudel-„Musik“ und vorgetäuschter „Beach“-Atmosphäre die Erholungssuchenden.

Kein Gast der „Strandbar“ muss sich über den schlechten Service auf der Facebook-Seite der Bar aufregen.

Keine lärmenden Aufbauarbeiten für irgendwelche Bier-, Wein-, oder Viewing-Sausen beeinträchtigen die Brutgebiete im Landschaftsschutzgebiet. Keine von der Gießener Eventmafia herbei gelockten Besucher stören die Ruhe der Bewohner und Kleingärtner an der Ringallee.

Selbst die Ordnungspolizei lässt sich öfters blicken. Wenn sie doch nur mal bei Massenveranstaltungen neben dem Biotop so konsequent Naturschutz-Richtlinien kontrollieren oder die Müllhalde hinter der „Strandbar“ abmahnen würde! Oder die fehlende Pläne zum Schutz brütender Teichvögel neben Tragesers „Strandbar“ an-

mahnen würde. Aber seit den Zeiten einer grünen Kettensägen-Bürgermeisterin ist das städtisches Tabu. Also, momentan herrschen paradisiische Zustände, wenn nicht die Gewissheit da wäre, dass der Magistrat gemeinsam mit dem „Förderverein der Gießener Führungsschicht“ die profitable Verwertung der Natur fortsetzen wird. Und Corona strafft die Behauptung führender Eventler Lügen, dass die Wieseckau durch den Gießener Ballermann „wiederbelebt“ würde. Auf „Strandbar“ und Massenveranstaltungen in der Wieseckau kann Gießen verzichten.  
M. Berger

## Privatunternehmer wollen Stadtbusse kapern

Seit 7 Jahren schwebt über dem Gießener Stadtbusverkehr ein Damoklesschwert: Die von den privaten Busunternehmern Eretz, Schwalb und Weber gegründete Firma ESW versucht mit allen juristischen Mitteln, den Öffentlichen Busverkehr in Gießen in ihre Hände zu bekommen. Grundlage ist eine absurde EU-Verordnung, nach der ein „eigenwirtschaftlicher Betrieb“ (d.h. ohne öffentliche Zuschüsse) Vorrang vor kommunalem Betrieb hat. ESW behauptet, einen eigenwirtschaftlichen Betrieb leisten zu können – wobei jedem klar ist, dass sowas nur mit erheblichen Qualitätseinbußen ginge. Die Stadt hätte auch keine Möglichkeit mehr, im Zuge des Kampfes gegen den Klimawandel Verbesserungen durchzusetzen. Jetzt hat das Gießener Verwaltungsgericht eine Klage der ESW zur Vergabe der Linien 800, 801 und 802 (Gießen-Wettenberg) abgewiesen, eine endgültige Entscheidung über alle Buslinien beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof steht aber nach wie vor aus. G.L.



## Reform der Straßenverkehrsordnung

Die Bundesregierung hat es beschlossen, der Bundesrat bereits zugestimmt, dass es neue Verkehrsregeln und auch Verkehrsschilder geben wird. Das Gesetz muss nur noch im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden, damit es in Kraft treten kann. Das bedeute vor allem notwendige Veränderungen, was Überholmanöver von Fahrrädern angeht. Innerorts ist mit diesem Gesetz ein Mindestabstand gegenüber dem Fahrrad von 1,50 m, außerorts von 2 m vorgeschrieben. Es gibt dazu auch ein neues Verkehrszeichen, das ein Überholverbot für zwei- und einspurige Fahrzeuge anzeigt. Die DKP Gießen fordert von Stadt und den Landkreis, in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich alle Straßen zu prüfen, ob überhaupt solche Mindestabstände eingehalten werden können, ansonsten sollten dringend kurzfristig entsprechende Überholverbotschilder aufgestellt werden.  
H.R.

# Klassenkampf um Arbeitszeit bei BOSCH

Während die einen unter 12-Stunden-Schichten leiden (siehe Artikel: Arbeitszeiten), sollen andere in Zwangsurlaub geschickt werden. Auch dies dient nicht dem Gesundheitsschutz, sondern hat rein ökonomische Ursachen. Der BOSCH-Konzern hatte bereits Mitte März an alle BOSCH-Arbeiter geschrieben:

*„Es mag Sie überraschen, wenn wir gerade in der aktuellen Situation die gute Gelegenheit sehen, überall im Unternehmen die Weichen richtig zu stellen. Dort, wo aufgrund rückläufiger Nachfrage Überkapazitäten bestehen, sollten wir die Ressourcen einsetzen, um unsere Prozesse zu optimieren und zu verschlanken. (...) Jetzt können sich Gelegenheiten für völlig neue Herangehensweisen ergeben, die uns einen Vorteil verschaffen, wenn die Märkte wieder anziehen.“*

## Bezahlte Freistellung oder Zwangsurlaub

Was mit „völlig neue Herangehensweisen“ gemeint ist, konnte man auch an unseren BOSCH-Betrieben in der Region sehen. In zwei BOSCH-Betrieben in Lollar kam es in den letzten Wochen zu Lieferengpässen oder die Heizkessel und Bremscheiben fanden keine Abnehmer. Deswegen musste ein Großteil der Belegschaft in den beiden Osterwochen auf eige-

ne Kosten zuhause bleiben. Das Kapital hat so – wie angekündigt – die Gelegenheit genutzt und lässt die Krisenkosten die Arbeiter zahlen. Ende März hatte der Betriebsrat „**vier Wochen bezahlte Freistellung, um die Coronakrise zu entschärfen!**“ gefordert. In der uns vorliegenden Betriebsrats-Information an die Arbeiter heißt es weiter:

*„In den letzten Jahren des Booms haben wir Beschäftigte Überstunden und Wochenendarbeit geleistet, als die Firma uns gebraucht hat. Wir haben auf die FEP (freiwillige erfolgsabhängige Prämie, Anm. der Redaktion) verzichtet, um viele Arbeitsplätze am Standort zu sichern. Jetzt brauchen wir bestmöglichen Schutz gegen Corona und Regelungen, damit wir uns um uns, unsere Familien und Freunde kümmern können.“*

Die Werksleitung zeigte sich empört über diese richtige Forderung und

konterte, sie wollen über 10 weitere Urlaubstage frei verfügen und nach der Krise mehr Samstag zur Arbeit zur Verfügung haben. Die Arbeiter sollten also bei Engpässen in Zwangsurlaub geschickt werden und bei hoher Auftragslage auch Samstag arbeiten.

Den zusätzlichen Zwangsurlaub konnte der Betriebsrat verhindern, die Möglichkeit der Samstagsarbeit nur abschwächen. Die Bosch Lobby hat während der Schließwoche Druck auf seine Zulieferer ausgeübt, so dass nun wieder genug Teile da sind und bereits für den Samstag nach dem 1. Mai Samstagsarbeit angekündigt wurde. Dem Betriebsrat sollte dies eine Lehre sein und er sollte lernen "Nein!" zu sagen. - Der Klassenkampf tobt also auch in Lollar. Insgesamt sind knapp 1500 Menschen bei BOSCH in Lollar lohnabhängig beschäftigt. Ein schreibender Arbeiter



## Als Azubi in Zeiten von Corona

Mein Name ist Torben, ich bin 23 Jahre alt und mache eine Mechaniker-Ausbildung in einem Automobilzulieferer-Betrieb in Mittelhessen. Nun bin ich im 3. Ausbildungsjahr und dadurch, dass ich meine Ausbildung verkürze, eigentlich fast fertig. So wäre meine Abschlussprüfung normalerweise im Mai gewesen, doch das ist jetzt unsicher, wie vieles andere auch. In dem 350-Mann Betrieb in dem ich arbeite, wird bis heute (Stand: Ende März) noch ganz normal weiterproduziert. So, als gäbe es keine Pandemie, die mittlerweile in Europa über 100.000 Menschen das Leben gekostet hat. Was dem Unternehmen Sorge macht: Alle Automobilkonzerne, die wir beliefern, produzieren nicht mehr und haben ihre Werke geschlossen. Aufträge fallen also weg, von uns produzierte Güter können nicht ver-

sandt werden.

Die Geschäftsführung will in den nächsten Wochen daher nur noch drei Tage in der Woche produzieren oder die Produktion ganz ausfallen lassen. Unsere Abteilungsleiter sagen, wir sollen Urlaub oder Vorarbeit (also Überstunden, die wir bereits erarbeitet haben) nehmen.

Nicht nur nach dem Feierabend sind die Erholungsmöglichkeiten stark beschränkt, auch in unserer Pause. Die Kantine auf unserer Arbeit hat ihr Angebot im Zuge der Corona-Krise nahezu halbiert. Hinsetzen und mit den Kollegen reden geht auch nicht mehr, da man ja keinen Kontakt haben soll. Wenn die Pause um 10 Uhr vorbei ist, geht man wieder ganz normal in die Schaltwarte, an der, in einem kleinen Raum, vier bis fünf Personen sind, geht ans Fließband,

wo man teils Schulter an Schulter mit seinen Kollegen arbeitet.

Meine Kollegen wollen nicht mehr arbeiten, sie wollen zu ihren Kindern nach Hause, die nicht in den Kindergarten oder die Schule gehen können. Sie haben Angst auf die Arbeit zu gehen, weil sie sich nicht infizieren wollen, fühlen sich unsicher und merken, wie widersinnig es ist, in seiner Freizeit auf alles zu verzichten, während man auf der Arbeit so tut als gäbe es keine Gefahr.

**UZ-Sozialistische  
Wochenzeitung der DKP**  
**UZ** Woche für Woche  
antikapitalistisch!

**6 Wochen  
kostenlos testen**  
www.unsere-zeit.de  
info@unsere-zeit.de

# Uniklinikum: Vorstand bemerkt Personalmangel

In der Corona-Krise ist der Besuch von Patienten in Kliniken durch Verwandte oder Freunde wegen Ansteckungsgefahr streng verboten, oft wurden sogar Besuche zum Abschiednehmen von Sterbenden untersagt. Für Regierungsbesuche gelten andere Regeln. Eine hochrangige Delegation, bestehend aus Gesundheitsminister Spahn, Kanzleramtsminister Braun, Ministerpräsident Bouffier und Sozialminister Klose, machte dem Uniklinikum seine Aufwartung, um sich über die Lage zu informieren. Wer weiß, welchen Organisationsaufwand so ein Staatsbesuch beim Besuchten verursacht, kann darüber nur den Kopf schütteln. Das UKGM verfügt als Forschungszentrum für Lungengesundheit über besonders viele Intensivbetten mit Beatmungsgerät. Im Zuge der Krise wurde die Zahl von 143 auf 193 aufgestockt. Dabei machte der Ärztliche Direktor Seeger eine für ihn erstaunliche Erfahrung: Die Maschinen nutzen nicht viel, wenn ausgebildetes Personal fehlt. Wir, der Betriebsrat, die Gewerkschaft verdi und viele andere weisen schon seit Jahren auf den Personalnotstand hin – während der Klinikvorstand und die

Rhön AG als Eigentümerin das immer abstritten. Sie fanden es total in Ordnung, dass ihr Personal schon im Normalbetrieb ständig überlastet war, die vielen Überlastungsanzeigen hatten keine Folgen. Wenn die jetzige Erfahrung dazu führt, dass sich an der Orientierung der Gesundheitspolitik allein an der Wirtschaftlichkeit etwas ändert, hätte die Krise wenigstens etwas Gutes. Alle Kliniken zurück in öffentliche oder gemeinnützige Verantwortung, ausreichende Finanzierung der Investitionen durch die Länder, Schluss mit der Bezahlung durch Fallpauschalen, gute Untergrenzen für die Personalbemessung und eine der Leistung und der Verantwortung angemessene Bezahlung - dann wäre das Land auf die nächste Pandemie besser vorbereitet.

Für die Politiker, die mit ihrem Besuch Tatkraft und Anteilnahme zeigen wollten, war die öffentliche Aufmerksamkeit blamabel. Bundesweit wurde ein Foto veröffentlicht, das die Politiker, den Klinikvorstand und ihre Begleiter dichtgedrängt im Aufzug zeigte, allen Abstandsvorschriften zum Trotz – Hohn und Spott erteten sie zurecht.

Gernot Linhart

## 150 Jahre Lenin



### Forderungen der DKP zur Coronakrise

- Solidarisch und entschlossen handeln!
- Gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung!
- Für ein menschenwürdiges Gesundheitssystem!
- Gegen den Grundrechteabbau im Schatten der Krise!
- Für Internationale Solidarität und Zusammenarbeit! Weg mit den Sanktionen!
- Für den Sozialismus!

Öffentliche Ansammlungen > 2 Pers. (sofern durch keine Ausnahme gedeckt)	200 Euro pro beteiligter Person
Öffentliche Ansammlungen von mehr als 10 Personen	Straftat Geldstrafe oder Freiheitsstrafe von bis zu 5 Jahren



## UKGM: (k)ein Herz für Kinder?

Am UKGM ist das renommierte Kinderherzzentrum in Gefahr, seinen guten Ruf zu verlieren. Der Grund ist, wie an vielen Stellen im Uniklinikum, akuter Personalmangel. Patienten und ihre Eltern machten deswegen öffentlich darauf aufmerksam, bestätigt wurden ihre Aussagen durch den Betriebsrat. Die Patienten spüren täglich die Überlastung des Personals, häufig ergeben sich dadurch lange Wartezeiten. Ärzte und Pflegepersonen wechseln häufig, da sie die Belastung nicht aushalten. Die Patienten und deren Eltern beschwerten sich ausdrücklich nicht, sondern betonen, dass sie bzw. ihre Kinder immer gut behandelt wurden, aber sie machen sich Sorgen. Die Klinikleitung wiegelt wie gewöhnlich ab, spricht von „Einzelfällen“ und „baulichen Gegebenheiten“. Dass vor allem die Profitorientierung der Rhön AG der Grund für die Probleme ist, kann sie natürlich nicht zugeben. Trotz Corona-Krise sollten auch diese Mängel Beachtung finden und um Verbesserungen gekämpft werden.

Gernot Linhart

# „Vom Nichtstun werden keine Kriege verhindert“\*

Seit 1960 gibt es Ostermärsche, bei denen Menschen in breiten Bündnissen gegen Kriege, Kriegsgefahr, Aufrüstung und Militarisierung demonstrieren. In diesem Jahr konnten durch die „Coronakrise“ auch in Gießen keine großen Aktionen stattfinden. Wir alle wissen: Frieden ist nicht alles - aber ohne Frieden ist alles nichts. Wir wissen auch, dass vom Nichtstun keine Kriege verhindert werden. Das ist heute so notwendig wie noch nie, denn seit der Annexion der DDR beteiligt sich Deutschland wieder an Angriffskriegen. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg von SPD und Grüne in Jugoslawien war der erste seit 1945. Mittlerweile ist die Bundeswehr in 11 ständigen Auslandseinsätzen weltweit in Kriegen beteiligt, dazu kommen

noch fünf weitere andauernde „Missionen“. Die Propagandamaschinerie gegen die vermeintliche „russische Gefahr“ läuft auf Hochtouren und bläst zum erneuten Russland-Feldzug. Das Kriegsbündnis NATO wollte mit massiver deutscher Beteiligung direkt an der russischen Außengrenze „den Ernstfall proben“. Doch dieses Manöver mit dem von Friedenswillen nur triefenden Namen „Defender 2020“ wurde dann doch wegen Covid-19 abgesagt. Es ist davon auszugehen, dass die offen militärischen Provokationen gegen Russland bald weitergehen und „Defender 2020“ nachgeholt wird. Neben dem realistischen Szenario eines erneuten Krieges vor unserer Haustür finden unter dem Deckmantel der vermeintlichen „Verantwortung

gegenüber der Welt und vor allem der NATO“ noch ganz andere Schweinereien statt. So wird der Verteidigungshaushalt auf 2% des BIP erhöht, was konkret bedeutet: Bis 2024 sollen rund 60 Milliarden in Panzer, Drohnen und Kriegsspiele fließen. Das sind 15 Milliarden mehr als heute. Das Geld wäre sinnvoller für Bildung, im Sozial- und Gesundheitssystem zu verwenden, aber im Kapitalismus wird Gesundheit zur Ware und steht der Profit im Vordergrund. Da müssen wir weiter auf die Straße und kämpfen- nicht nur an Ostern.

Martina Lennartz

\*Willi Hoffmeister (geb. 1933), der seit 1961 beim Ostermarsch dabei ist, 2011 gegenüber dem West-deutschen Rundfunk

Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.

www.jungewelt.de/testabo  
Abotelefon: 030 53 63 55 50



## Die Kriegsvorbereitungen von „Verteidigungs“ministerin AKK

1. Der verfassungswidrige Einsatz der Bundeswehr im Innern ist wegen „Corona“ Alltag. (Würden sie Spargel stechen, wäre es noch sinnvoll.)
2. Die Bewaffnung von Drohnen, die laut Koalitionsvertrag ausdrücklich bis nach einer „breiten gesellschaftlichen Debatte“ und „ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung“ zurückgestellt wurde, wird jetzt forciert betrieben. Bis Juni sollen erste Pflöcke gesetzt werden.
3. Mit dem Kauf von 90 Eurofightern und 45 F-18-Kampfflugzeugen (Kosten: mehr als 10 Milliarden Euro) werden die Kriegsvorbereitungen vorangetrieben. Letztere können mit Atombomben bestückt werden. Im Kriegsfall hat die BRD als NATO-Verbündete Zugriff auf die Nuklearwaffen der USA.



## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck. Auflage: 7000  
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....

## Wir bitten um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herauszubringen. Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. **Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.** Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

Redaktionsschluss für Juni-Echo: Mi., 27. Mai

# Die Corona Krise - der ungeklärte Notstand

Die Corona Krise geht nicht nur einher mit massiven Einschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit jedes einzelnen, sondern auch mit einem fast völligen Verlust gesellschaftlicher Opposition. Der Umstand, dass virologische Fragen politische Fragen in der medialen Darstellung völlig verdecken, hat zur Etablierung eines bürgerlich-demokratisch kaum legitimierten „Notstandsregimes“ geführt. Die Parlamente haben sich quasi ergeben. Auf Bundesebene regiert eine Exekutive aus „Corona Kabinett“ und den Ministerpräsidenten der Länder. Dabei ist ein Teil der Krise hausgemacht.

In einer Studie der Bertelsmann Stiftung vom 15. Juli 2019 wird gefordert: eine starke Verringerung der Klinikanzahl von aktuell knapp 1.400 auf deutlich unter 600 Häuser. Gesundheitsminister Spahn macht sich die Argumente der Bertelsmann Stiftung zu eigen. Während der Corona-Krise sagt das vom politischen Personal keiner mehr so laut, dass ihr Ziel der weitere Abbau von Krankenhausbetten ist. Länder wie Frankreich und Italien zahlen jetzt den Preis für die von den EU-Stabilitätskriterien geforderten Einsparungen, welche auch massiv deren Gesundheitswesen trafen. Deutschland hat den Vorteil, dass es an der Spitze der imperialistischen Hackordnung steht. Ohne nennenswerten Protest - auch

nicht von Gewerkschaften - wurde am 10. April 2020 die „Verordnung zu Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz (...)“ in Kraft gesetzt. Sie gilt zunächst bis zum 30. Juni 2020. (Vgl. S. 2 "Arbeitsrechte...")

Statt grundsätzlich die Bezüge der Menschen im Pflegebereich durch einen entsprechenden Tarifvertrag deutlich zu erhöhen, werden die Menschen mit Almosen abgespeist. Die zentrale politische Frage der nächsten Monate wird sein, ob es gelingt Widerstand zu organisieren. Die Kosten der Krise sollen natürlich auf dem Rücken der Lohnabhängigen abgeladen werden. Henning Mächerle

## Ein faschistoid-hysterischer Hygienestaat?

Der Kirchen- und Verfassungsrechtler Prof. Hans Michael Heinig (Göttingen) warnte am 29.3. in der Welt, "dass sich unser Gemeinwesen von einem demokratischen Rechtsstaat in kürzester Frist in einen faschistoid-hysterischen Hygienestaat" verwandeln könnte.



## BVerfG bremst Gießens Verbotseifer

„Gesundheit stärken statt Grundrechte schwächen“.

Eine zu diesem Thema angekündigte Demonstration und Kundgebung war wie andere vorher von der Stadt verboten und das Verbot vom Verwaltungsgericht bestätigt worden. Bis zum Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mussten die Veranstalter klagen, bis die Stadt einsehen musste, dass nach der hessischen Corona-Verordnung Demos keineswegs generell verboten sind und sie unter Auflagen zuließ.

Denn in Artikel 8 des Grundgesetzes steht unmissverständlich: *Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.* Dieser Artikel hat einen hohen Rang und kann nicht so leicht, wie es bei vielen anderen Grundrechten geschehen ist, wegen Corona einfach aufgehoben werden. Schon vor dem Urteil

hatte der Gießener Rechtswissenschaftler Prof. Reimers erklärt: *„Ich halte (daher) „coronakompatible Versammlungen für rechtlich grundsätzlich möglich, sogar unter der Geltung der 3. Corona-Verordnung.“*

Um nicht so ganz blamiert dazustehen, hat die Stadt penible Vorschriften über die Anzahl der Teilnehmer und die Dauer der Kundgebung erlassen und das Tragen von Mundschutz angeordnet. Dem kam man auf der Kundgebung betont gerne nach und bot auch Bürgermeister Neidel, der ohne auftreten wollte, einen Mundschutz an.

Es erscheint schon lächerlich, zu verbieten, dass auf dem leeren Rathausplatz - ohne Publikumsverkehr und bei geschlossenem Kino und Café - sich nicht mehr als 50 Menschen versammeln dürfen, wenn andererseits

in der Fußgängerzone sich Tausende tummeln, und das ohne Mundschutz. Noch vor der Öffnung von H&M, C&A, TKMaxx und Röther waren 11.000 Menschen im Seltersweg unterwegs, zeitweise 1.400 in der Stunde.

Michael Beltz

## Gerechtigkeit in Zeiten des Virus

*Hat man viel, so wird man bald  
Noch viel mehr dazu bekommen.  
Wer nur wenig hat, dem wird  
Auch das Wenige genommen.*

*Wenn du aber gar nichts hast,  
Ach, so lasse dich begraben –  
Denn ein Recht zum Leben, Lump,  
Haben nur die etwas haben.*

Heinrich Heine

# Das Virus - die Krise - die Schulden

Das Coronavirus tobt sich aus, belastet die Gesundheitssysteme und lässt die Geselligkeit ersterben. Die medizinischen Probleme werden wohl zu meistern sein, wenn auch niemand zu sagen weiß, wie lange sie die Welt in Atem halten werden. Aber was ist mit den ökonomischen Problemen? Nun, die herrschende Politikerschicht geht die wirtschaftlichen Konsequenzen genau so an wie 2011 EZB-Präsident Draghi die Folgen der Lehmans-Pleite. Egal was es an Auswirkungen hat, wir bekämpfen die Krise „whatever it takes“, wie es auch immer notwendig ist. Draghis Lösung bestand damals im Fluten der Wirtschaftskreisläufe mit Strömen billigen Geldes. Die Krise ging noch einmal vorbei und da wäre es eigentlich an der Zeit gewesen, die gewaltigen Geldflüsse wieder zurückzuführen. Aber das geschah nicht, weil die Ökonomie das gar nicht verkraftet hätte, indem schon so die globale Wirtschaft nur geringe Wachstumsraten aufwies. Und so wuchsen die Schulden immer weiter. Aktuell beläuft sich der globale Schuldenberg auf 250 Billionen US-Dollar, das sind gigantische 320 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes (BIP). Kurzum, in der so genannten Erholungsphase nach der Lehmans-Krise gab es keinen Schuldenabbau, son-

dern eine kontinuierliche Schuldenerhöhung. Und da werden heute wieder neue Beträge draufgesattelt, „whatever it takes“. Da die Zinsen schon bei Null sind, fällt es allerdings schwer, den Weg für neue Geldgeschenke an die Wirtschaft freizumachen. Nun hat in den letzten zehn Jahren die wachsende Verschuldung nur zu einem geringen Wachstum zwischen ein und zwei Prozent geführt. Durch wachsende Schulden ist noch keine kranke Wirtschaft geheilt worden. Man will uns einreden, der Patient „Weltwirtschaft“ sei eigentlich gesund und nur das Virus habe ihn aufs Krankenlager geworfen. Das stimmt aber nicht, der Patient war schon zuvor totkrank. Der marxistische Ökonom Hans Kalt schrieb schon 1993: „Ob schwere Krise oder Dauerdepression, der Tag des großen Katzenjammers kommt unvermeidlich. Dann werden Ökonomen, Politiker wie Geschäftsleute die ‚erstaunte‘ Frage stellen, wie denn je wirklich jemand habe ernsthaft glauben können, dass große Staaten, ganze Volkswirtschaften auf Dauer vom Schuldenmachen leben könnten. Allerdings werden die Folgen dann jene zu tragen haben, denen man das jetzt schon zwei Jahrzehnte lang einzureden versucht.“ Klaus Mewes

## Pressefreiheit in Gießen

Am 29. März hatte der Kreisvorstand der DKP zur Corona-Krise eine Pressemitteilung an beide Gießener Tageszeitungen mit der Bitte um Veröffentlichung geschickt. Das geschah nicht. Daher druckten wir am 8. April ein Extra-Echo mit der Erklärung und einem weiteren Artikel und dem Hinweis: „Beide Gießener Tageszeitungen (Gießener Anzeiger und Gießener Allgemeine Zeitung) haben sich - ohne Begründung - bisher geweigert, diese Pressemitteilung vom 29.3. abzudrucken, obwohl die Zeitungen immer dünner werden und Berichte über Vereinssitzungen aller Art erscheinen...“ Nachzulesen auf der Home-Page der DKP Gießen: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de).- Das Extra-Echo wurde etwa 7500mal verteilt und jetzt auch beim Anzeiger zu Kenntnis genommen; am 21. April wurde die PM ungekürzt veröffentlicht. Die Allgemeine schweigt bis heute. Früher nannte sie sich mal „Freie Presse“.

## Alle Sanktionen aufheben, die den Kampf gegen die Pandemie behindern

Unter diesem Titel hat die DKP eine Petition an den Deutschen Bundestag eingereicht. Die Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und die Russische Föderation behindern den Aus-

tausch von Medikamenten, Hilfsmitteln und Fachkräften, sie sind in einer Zeit des notwendigen gemeinsamen Kampfes gegen die Coronapandemie ein Irrsinn. Genauso muss die Zu-



## Die DKP feiert den 8. Mai

den 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus "coronakompatibel" am Freitag, den 8. Mai, ab 17 Uhr beim Kugelbrunnen



## DKP-Info-Stand

ist für Samstag, den 6. Juni, ab 10 Uhr beim Kugelbrunnen angemeldet



[blog.unsere-zeit.de](http://blog.unsere-zeit.de)  
[www.dkp-hessen.de](http://www.dkp-hessen.de)  
[www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)  
DKP-Gießen auch bei facebook